

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Sohndorf, Röditz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Ruchsnappel und Tirschheim.



Erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.

Anzeigenpreis: Die sechspaltige Grundzeile wird mit 75 Pfg. für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile folgt die dreispaltige Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 Mk. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 239.

Mittwoch, den 13. Oktober 1920

70. Jahrgang.

Kurze wichtige Nachrichten.

Nach Brüsseler Meldungen des „Matin“ betragen die Gesamtverluste der Brüsseler Finanzkonferenz 2 dreieiertel Milliarden Franks. Es erscheint fraglich, ob das Ergebnis der Konferenz dem gewaltigen finanziellen Aufwand entspricht und ob sich ihre Wiederholung lohne.

Nach einer Genfer Meldung wurde auf dem Volkshoferrat erklärt, daß die haarsprende Unabhängigkeit des Freistaates Danzig nicht gestiftet werden soll.

Der Volkshoferrat hat in seiner Sitzung die Bestimmung getroffen, daß General Verond sich wieder nach Oberösterreich zurückziehen soll und daß die Volksabstimmung baldmöglichst zu erfolgen hat.

Nach zuverlässiger parlamentarischer Information beträgt für Preußen der Wählerertrag der Erneuerung 17,2 Prozent gegenüber der vorjährigen Ernte.

Die Münchener Polizei verhaftete gestern drei kommunistische Versammlungsredner wegen Aufregung zum Klassenhaß.

Zum tschechisch-slowakischen Gesandten in Berlin ist der ehemalige Ministerpräsident Tuzar ernannt worden, der Anfang Dezember seinen Posten antreten wird. Daß die tschechisch-slowakische Republik dem Ausbau der Beziehungen zum Deutschen Reich Werte beilegt, geht schon aus der Berufung des erfahrenen Politikers auf diesen Posten hervor.

Wie die Humanität meldet, verweigerte die französische Regierung mehreren französischen Sozialisten, die zum U.S.V.-Kongress nach Halle fahren wollten, die Pässe.

In Mannheim sind kommunistische Waffentransporte beschlagnahmt worden, die unter falscher Deklaration in das mitteldeutsche Industriegebiet abgehen sollten.

Der Anschlag auf die Dieselmotoren.

Nach Informationen von zuständiger Stelle trifft die beunruhigende Nachricht, wonach die Entente in der Frage der schnelllaufenden Dieselmotoren vor Schritten steht, die unser Wirtschaftsleben schwer drücken müssen, leider zu. Die Volkshofkonferenz der Entente hat am 2. Oktober den Beschluß gefaßt, daß die schnelllaufenden Dieselmotoren Kriegsmaterial seien, das zerstört werden müsse, was immer es sich in Deutschland befindet, und dessen Anfertigung forthin zu unterbleiben habe. Die Entente-Kommission hat bereits nach dieser Richtung gehende Untersuchungen in den deutschen Fabriken angestellt. Diese Nachricht hatte bereits vor einigen Tagen Arbeitervertretern einer süddeutschen großen Motorenfabrik Veranlassung gegeben, beim Reichswirtschaftsministerium Vorstellungen zu erheben. Inzwischen haben sowohl die Motorenfabriken als auch die diesen Motorentyp hauptsächlich verwendenden Verbrauchergewerbe zu der Frage Stellung genommen und sich hilfesuchend an das Reichswirtschaftsministerium gewandt. In einer Sitzung legten die in Betracht kommenden Verbände dem Ministerium die große Bedeutung der Frage nahe. Nicht nur die Dieselmotorenfabriken seien mit Arbeitslosigkeit bedroht, sondern auch z. B. die städtischen Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Eisenbahnreparaturwerkstätten, Westren, Gummi-, Porzellan-, Textilfabriken und die Landwirtschaft ständen vor erschütternden Tatsachen. Der schnelllaufende Dieselmotor habe neuerdings unter dem Einfluß der Kohlenknappheit in ungeheurer Ausmaße Eingang gefunden. Nachdem durch das Spaabkommen die Kohlenknappheit sich noch verschärft habe, sei der Treibstoffdieselmotor vielerorts die einzige Rettung vor weiterer Betriebsstilllegung und Arbeiterentlassung. Die Regierung würde sich vor Schadenersatzansprüche von mehreren Milliarden Mark gestellt sehen, wenn die schnelllaufenden Dieselmotoren abgebaut und zerstört werden müßten. Denn diese habe sie ihnen zum Teil aus abmontierten Unterseebooten verkauft. Die Werke hätten die Motoren gutgläubig für Friedenszwecke erworben und unter erheblichen Umbaukosten in Betrieb genommen. Das Reichswirtschaftsministerium soll die vorgetragenen weitreichenden Wirkungen der geplanten Ententemaßnahmen in einer Denkschrift schnellstens zusammenfassen.

Die Zerstörung der Dieselmotoren verhindert?

Die „München-Augsburger Landeszeitung“ erfährt, daß der Ministerpräsident Dr. v. Rahe bereits auf diplomatischem Wege Schritte unternommen habe, um die Vernichtung der Dieselmotoren anzuhalten. Er habe bestimmte und positive Vorschläge der Entente unterbreiten lassen dahingehend, daß die Dieselmotoren, die in der Maschinenfabrik Augsburg-Kürnberg hergestellt werden, katalogisiert, d. h. mit Nummern versehen werden und daß über sie Buch geführt wird. Auf diese Weise ist der Entente die Gewährung gegeben, daß keiner der Dieselmotoren zum Schiffsbau verwendet wird.

Deutsches Reich.

Beworftendete Errichtung einer Reichs-Eisenbahndirektion Leipzig?

Dresden. Wie der Verkehrsverein Leipzig e. V. dem Dammert-Dienst mitteilt, hat vor kurzem im Reichsverkehrsministerium unter dem persönlichen Vorsitz des Herrn Reichsverkehrsministers, eine Besprechung mit Vertretern dortiger Körperschaften stattgefunden, die sich auf die Leipziger Eisenbahnverhältnisse, insbesondere die Schaffung einer Reichs-Eisenbahndirektion in Leipzig und den Bau einer Kanalverbindung zwischen der Elster und der Saale, bezog. Die Leipziger Vertreter haben aus der Besprechung die Ueberzeugung mitgenommen, daß voraussichtlich eine besondere Reichs-Eisenbahndirektion für Leipzig errichtet werden wird, wenn es die Verhältnisse erfordern und gestatten.

Das Programm des Reichsfinanzkommissars Dr. Carl Berlin. In einem Interview mit einem Vertreter der „Weberzeitung“ erklärte Präsident Dr. Carl auf die Frage nach seinem Programm als Reichsfinanzkommissar: Der Grundgedanke der Aktion zur Wiedergeburt des deutschen Finanzwesens, zu deren Durchführung ich dem Reichsfinanzminister als Reichsfinanzkommissar beigeordnet wurde, ist, daß die Reichsverwaltung allmählich eine Ausdehnung angenommen hat, die mit dem Stande der Reichsfinanzen wie mit den Wirtschaftsbedingungen unvereinbar ist. In Handel und Industrie wie auch in weiten Kreisen der Bevölkerung hat sich die Erkenntnis festgesetzt, daß eine Ueberorganisation der gesamten Reichsverwaltung vorliegt, und daß dabei nicht die Ordnung und Klarheit in der Erledigung der Regierungsgeschäfte herrscht, die man vor dem Kriege in der deutschen Beamtenschaft, namentlich in der Reichsverwaltung für selbstverständlich angesehen hat. Zu prüfen, wo hier Abstriche gemacht werden können unter finanziellen Gesichtspunkten, ist zunächst die Hauptaufgabe. Nichtsahnend dabei ist, daß die Reichsverwaltung sich auf die unbedingt notwendigen Ausgaben, die dem Staate obliegen, beschränken muß. Nur unter den Gesichtspunkten rein verwaltungswirtschaftlicher Natur ohne Rücksicht auf Wünsche von irgendwelcher Seite müssen die Verwaltungen prüfen, ob eine Ausgabe auf Staatsrechnung gemacht werden darf oder nicht. Es wird dabei Anstoß erregt werden an allen Ecken und Enden. Das ist selbstverständlich, aber es wird die Ueberzeugung jetzt überall vorhanden sein, daß es nicht mehr geht ohne die allerersten Eingriffe in das, was der einzelne gern unberührt sehen möchte. Jeder wird sich die Eingriffe, unter denen er leidet gefallen lassen müssen im Interesse des Ganzen.

Einigungsverhandlungen.

Wie der „Vorwärts“ vom Reichsarbeitsministerium erfährt, haben die Bemühungen, die streitenden Parteien im Zeitungs-gewerbe zu Einigungsverhandlungen zu führen, den Erfolg gehabt, daß heute vormittag 10 Uhr eine Einigungs-verhandlung in den Räumen des Arbeitsministeriums stattfinden wird.

Rückkehr Le Ronds nach Oberschlesien.

„Petit Parisien“ meldet: Wie bereits bekannt ist, hatten sich bezüglich der Tätigkeit der internationalen Verwaltungskommission in Oberschlesien Schwierigkeiten ergeben. Man hatte General Le Rond unter anderem vorgeworfen, daß er das polnische Element zu sehr begünstige. Nur eine geringe Minderheit des britischen Personals, das in Oberschlesien beschäftigt ist, ließ diese Kritik laut werden; es haben drei subalterne Kontrollbeamte von sechzig dort beschäftigten Personen der genannten Nation ihren Rücktritt eingereicht. Hervorzuheben ist, daß der offizielle Vertreter Englands Percival auf seinem Posten geblieben ist. Die Volkshofkonferenz hat die schwebende Frage geregelt und die internationalisierte Kontrollkommission wird nunmehr wie ehemals ihres Amtes wallen. — Wir wollen hoffen, daß die Angabe „wie ehemals“ nur einen Wunsch des genannten Pariser Blattes zum Ausdruck bringt. Denn die Fortsetzung der parteiischen, deutschfeindlichen Haltung Le Ronds und seiner französischen Mitarbeiter würde zweifellos zu neuen Ausschreitungen der Polen führen.

Französischer Ueberfall bei einem heissigen Kirchweihfest.

Wegen der Vorgänge bei dem Kirchweihfest in Ober-Ingelheim, wo ein junges Mädchen aus Frankfurt von französischen Soldaten erschossen wurde, hat das heissige Staatsministerium eine Note an das Oberkommando der französischen Truppen in Mainz gerichtet. Darin wird ausgeführt, man habe in Ober-Ingelheim den Eindruck, daß der Ueberfall von den französischen Soldaten beabsichtigt war. Die Erregung sei daher sehr groß. Das Staatsministerium richte

daher das dringende Ersuchen an das Oberkommando, die Garnison gegen andere Truppen auszutauschen. Im übrigen werde die heissige Regierung die Reichsregierung bitten, bei der französischen Regierung für den Vorgang eine angemessene Sühne zu erwirken. Wie W. T. B. hört, hat sich die Reichsregierung bereits mit der Angelegenheit befaßt.

Brutale Behandlung der deutschen Seeleute in England.

Der Deutsche Seefahrtsauschuss hat, wie uns mitgeteilt wird, in seiner am 7. Oktober in Bremen abgehaltenen Sitzung mit Abscheu Kenntnis genommen von der teilweise brutalen und unwürdigen Behandlung, die Kapitane, Offiziere und Mannschaften deutscher Seeschiffe namentlich in englischen Häfen seitens der Behörden als auch der Bevölkerung erdulden müßten. Der Seefahrtsauschuss betont in einer Entschließung, daß für die den deutschen Seeleuten namentlich in englischen Häfen zuteil werdende Behandlung jeder Rechtsgrund und jede sachliche Begründung fehle. Der deutsche Seefahrtsauschuss fordert für die deutschen Seeleute in fremden Häfen dieselben Rechte und Freiheiten, die ausländische Seeleute nach Beendigung des Krieges in deutschen Häfen genießen. Der deutsche Seefahrtsauschuss legt der deutschen Regierung dringend nahe, sofort namentlich England gegenüber darauf zu bestehen, daß deutsche Seeleute sich in englischen Häfen sowohl an Bord als auch an Land als Gleichberechtigte bewegen können. Sollte die englische Behörde diesen deutschen Forderungen keine Folge leisten, so bittet der Seefahrtsauschuss zu erwägen, ob nicht in deutschen Häfen gegen Mannschaften englischer Schiffe mit entsprechenden Repressalien vorzugehen ist.

Die Ablehnung Dr. Rathenaus zur Zulassung zur Wirtschaftskonferenz.

Der Londoner Berichtserstatler des „Manchester Guardian“ schreibt über die Weigerung der englischen Regierung, Dr. Rathenau nicht in England zur Wirtschaftskonferenz zuzulassen, sei eine wichtige Folge des wunderbaren fremden Gesetzes, die erste, die auch von öffentlichem Interesse sei. Wahrscheinlich hätten die geistigen Urheber des Gesetzes an derartige Folgen nicht gedacht, als sie der englischen Regierung allein die Entscheidung über die Zulassung von Deutschen in England überließen. Dr. Rathenau sei kein Volksherr; er sei vielmehr einer der bedeutendsten Kapitalisten und Volkswirtschaftler Deutschlands. Zahlreiche britische Geschäftleute sehen seiner Anwesenheit in England mit besonderem Interesse entgegen. Ueber die Gründe ihrer Ablehnung schweigt sich die britische Regierung aus.

Ausland.

Der Völkerbund soll einreifen.

Genf, 13. 10. T. U. Die Beilegung durch den polnischen General Jelesorski hat überbar in Paris unangenehm überreicht. Die Blätter halten die gegenwärtige Lage für ziemlich verwickelt, weil der Völkerbund hinsichtlich Litauens bereits Stellung genommen hat. Im „Journal“ lautet Saint-Brie, wenn der Völkerbund nicht einreife, zeige er vor aller Welt keine vollkommene Neutralität. Andererseits sei es nicht zu verstehen, wer die Rolle eines Beschermers übernehmen soll. Es wäre der Wunsch, wenn man etwa Frankreich, das Polen eben erst gerettet habe, diese Aufgabe übertragen habe. Im übrigen hält es Frankreich für richtig, Polen zur Wählung zu ermahnen, indem sie jedoch zu verstehen gibt, daß Frankreich, möge in Warschau beschlossene werden was da will, seinen Finger rühren werde. Die englischen Vorschläge lauteten erst auf sofortige Abberufung aller Missionen in Warschau, doch gelang es der französischen Regierung mit ihrer Ansicht, daß die Schuld der polnischen Regierung in der Aktion noch nicht besteht, in London durchzudringen.

Deutsche und Tschechen.

(Ra.) Von der sächsisch-böhmischen Grenze wird uns geschrieben:

Eine der grauigsten Mordtaten des ganzen Krieges kam in Sibirien vor, als tschechische Legionäre einen Zug mit deutschen Kriegsgefangenen Offizieren traf. Die Tschechen forderten von den Gefangenen die Herausgabe ihres Eigentums bis auf wenige Stüde, und was das für Kriegsgefangene heißt, kann sich jeder Einseitige lebhaft vorstellen. Drei Herren, die sich kleine Andenken im Werte von wenigen Rubeln aufbewahren wollten, wurden kurzerhand an die Wand gestellt und erschossen. Dieser Haß gegen alles Deutsche ist bezeichnend und erklärt die Beleidigungen, denen unsere Brüder jenseits der sächsisch-böhmischen Grenze von den tschechischen Chauvinisten dauernd ausgesetzt sind.

Man ist in der Tschechisch-Slowakei vielbewußt vorgegangen, um die kapitalkräftigen Deutschen, die es durch

79,50	11,10
75,00	11,10
63,25	11,10
58,00	11,10
67,00	11,10
56,50	11,10
94,25	11,10
83,25	11,10
87,50	11,10
96,00	11,10
94,50	11,10
105,75	11,10
98,75	11,10
360,00	11,10
310,00	11,10
483,00	11,10
430,25	11,10
236,00	11,10
912,00	11,10
187,00	11,10
607,00	11,10
181,50	11,10
295,00	11,10
925,00	11,10
83,10	11,10
2052,00	11,10
232,00	11,10
265,30	11,10
1056,10	11,10
65,82	11,10
438,85	11,10
1206,35	11,10
409,50	11,10
82,40	11,10

ndorf.
von Karl Fjodor,
elt.
russion.
ia May und Hans
den Publikum an-
eit.
J. Lugart,
ger.

ehrend-n Auf-
renn Hochzeit
September 1920.
und Frau.

79,50	11,10
75,00	11,10
63,25	11,10
58,00	11,10
67,00	11,10
56,50	11,10
94,25	11,10
83,25	11,10
87,50	11,10
96,00	11,10
94,50	11,10
105,75	11,10
98,75	11,10
360,00	11,10
310,00	11,10
483,00	11,10
430,25	11,10
236,00	11,10
912,00	11,10
187,00	11,10
607,00	11,10
181,50	11,10
295,00	11,10
925,00	11,10
83,10	11,10
2052,00	11,10
232,00	11,10
265,30	11,10
1056,10	11,10
65,82	11,10
438,85	11,10
1206,35	11,10
409,50	11,10
82,40	11,10

Reiz und Arbeitsfähigkeit in langen Jahren zu Wohlstand gebracht hatten, zu ruinieren. Treu ihrem Kaiserhaus, hatten die österreichischen Deutschen sich lebhaft an der Zeichnung des Kriegsanleihen in der Nachbarmonarchie beteiligt. Als nun das österreichische Staatswesen auseinanderbrach und die tschechische Republik sich bildete, forderten die Böhmen zur Einlösung der österreichischen Kriegsanleihen eine Nachzahlung von 75 Prozent, und die meisten Deutschen waren natürlich nicht imstande, diese Summen aufzubringen. Deutsche, die den tschechischen Wirtschaftsverbänden nicht angehörten, mußten bei Ein- und Ausfuhrbewilligungen doppeltes Bestechungsgeld zahlen. Zu gleicher Zeit versuchten die Tschechen, die Deutschen in den Gebieten, in denen sie in kompakter Masse sitzen, dadurch auszurotten oder zur Abwanderung zu treiben, daß sie ihnen nicht genügend Lebensmittel liefern. Während man in Prag in Weizenbrötchen, haben die unglücklichen Deutschen in den Gebirgen, die immer schon ein fates Leben fristeten, ständig den Hungertod vor Augen, und besonders die unglücklichen Kinder leiden unter der brutalen Grausamkeit der feindlich geminteten tschechischer Bevölkerung. Die deutschen Schulen in Böhmen, durch deutscher Hände Arbeit erbaut und durch deutsches Geld erhalten, werden mit Gewalt tschechisiert. Es wird in Böhmen ein Vernichtungslager gegen alles Deutsche ausgeföhrt, wie die Welt ihn seit Jahrhunderten nicht unerhört gesehen hat. Um die Abhaltung des deutschen Tages in Troppau zu verhindern, wurde der kulturelle Schutzverein Westschlesien „Nordmarl“ kurzerhand aufgelöst. Auch der „Bund der Deutschen in Böhmen“, der mit seinen 70 000 Mitgliedern ein rein kultureller Verein ist und keinerlei politische Tätigkeit verfolgt, ist aufgefordert worden, in kürzester Frist seine Satzungen zu ändern, widrigenfalls er die behördliche Auflösung zu erwarten hätte. Die deutschen Abgeordneten und Senatoren der tschecho-slowakischen Republik haben — wie bereits früher berichtet — im Hinblick auf die ständigen Uebergriffe der Tschechen, die gegen den Vertrag von St. Germain verstoßen, beim Völkerbund eine Denkschrift eingereicht, in der darauf hingewiesen wird, daß sie den Willen von etwa 6 Millionen Menschen vertreten, die durch die „Rechte des Stärkeren“ in offenem Widerspruch mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker vergewaltigt werden. Die Denkschrift erhebt vor aller Welt die Anklage, daß die tschecho-slowakische Republik in den ersten drei Halbjahren ihres Bestehens, gestützt auf eine nationalchauvinistische Beamenschaft und auf die Gewalt der Bajonnette, in Geseßgebung und Verwaltung die brutalste Tschechisierungspolitik betreibt. Die Denkschrift fordert vom Völkerbund, daß die tschecho-slowakische Regierung die von ihr im Vertrag von St. Germain gegenüber ihren nationalen Minderheiten übernommenen Verpflichtungen durchführt und daß eine unparteiische internationale Kommission in die Tschecho-Slowakei zur Prüfung der Beschwerden des deutschen Millionenvolkes entsendet wird.

Der Kasseler Parteitag.

Kassel, 11. Oktober.
Die laufende Woche wird nicht nur zwei, sondern voraussichtlich drei sozialistische Kongresse bringen. In Kassel kamen die Sozialisten, in Halle die bisher in einer Partei vereinigten Gegner und Anhänger des Anschlusses an Moskau zusammen. Schon der heutige Montag wird Vorgesprächen über die Gültigkeit der Mandate bringen, ob sich dabei die Mehrheit für oder gegen Moskau entscheidet, ist gleichgültig. Sicher ist nur, daß die Frage des Anschlusses allein in Halle beraten wird, während der rechte Flügel in Leipzig verhandelt und dort über die neue Zerspaltung beraten wird, wo die Entwicklung der äußersten Linken und deren Erfolg bei den letzten Reichstagswahlen von der alten Partei mit einer gewissen Sorge beobachtet worden war.

Auch die Zuversichtlichkeit in der sozialistischen Partei wird natürlich neu belebt und alle Reden in Kassel sind erfüllt von der sicheren Hoffnung, daß die weiter links stehende Partei nunmehr gründlich abgewirtschaftet haben dürfte. Der Parteivorstand Wels brachte einen mehrstündigen politischen Bericht über die Tätigkeit der Parteileitung. Der Bolschewismus sei der Bruder des Militarismus und stärke durch sein Kriegsgewalt die Politik der Sozialisten. Bei dem Kommunistenkongreß in Baku habe Sinowjew vor den Anrühern und Perfern den heiligen Krieg des Islam gepredigt.

Um Weg und Ziel.

Original-Roman von Margarete Wolff-Heber.
18.
„Einen anonymen Brief haben Sie bekommen? O, pu!“ Auch auf Inges Gesicht malte sich Abscheu, und ihre Hand streifte sie nur äogernd nach dem Zeugnis niedriger Geimnung aus. Doch ehe sie noch zurüßeln konnte, hatte Irmingard den fehen Papier wieder zerschnitten und ließ ihn nun in die Tasche zurückgleiten.
„Nein, ein, lassen Sie nur. Die Ollmann'sche Familie wird darin zu sehr angegriffen. Von der Zeit der Kontinental-reerre her, wo die Ollmanns ihren Reichtum durch Schmutzgeal erworben hätten bis auf den heutigen Tag, wäre nur unglückliches Blut in unseren Adern geseihen, schreibt mir die christliche Seele.“ Irmingard lachte schneidend auf.
Daran müssen Sie sich nicht kehren. Das ist dummes Geschwa.“ In Inges Augen trat ebenfalls ein zorniges Glöhen. Am liebsten hätte sie ihrem Zorn rüdhaltlos Ausbruch gegeben, aber das Mädchen da vor ihr war hochgradig erregt und mußte beruhigt werden, und so sagte sie denn in kitzendem Tone: „Wenn die Menschen weiter nichts ausfindig machen können, dann grämen Sie sich nicht. Wer ist denn so töricht, den Adelsfamilien ihre raubritterlichen Vorfahren zum Vorwurf zu machen?“
Irmingard lächelte schamlos, doch das Mädchen verstand gleich wieder. Tietrote Blut stand wieder auf dem Gesicht und schmerzlicher Zorn. „Wenn man meinen Vater nur in Ruhe lassen wollte“, fuhr sie auf, „Er ist ja tot. Aber nein, die Verzerrung, die er mit dem Leben besaßte, die muß breit getreten werden. O, viele Pharisäer! Was wissen die vom Unglück einer Liebe.“ Die glücklichen Temperamentlosen. Was wissen die... Die Frieden, heucheln, lägen, die bösen unerlaubte Liebe nicht mit dem Tode, die nicht!“ Ihre Stimme überschlug sie jetzt, ihre ganze große, prachtvolle Gestalt bebte und schwankte. Und jetzt sank sie auf den Sessel nieder und schlachtete wild auf.

2000 Bolschewisten hätten die Schwerter geipigt und dem Jubelrufe zugestimmt. Mit grober Ausführlichkeit besprach Wels die auswärtige Politik, forderte für die deutsche Sozialdemokratie Revision des Versailler Vertrages nach den Gesichtspunkten der zweiten Internationale, sofortige Inangriffnahme und Durchführung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete in Belgien und Frankreich, Schaffung eines internationalen politischen Generalstabes und sofortige Wiederaufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland.

Die Sozialisten haben sich immer als die treuesten Deutschen erwiesen und halten am Reiche fest. Den wirtschaftlichen Problemen stehen Kapitalisten und Börsianer ratlos gegenüber. Der wirtschaftliche Wiederaufbau ist ein Weltproblem. Die Rohlenförderung hängt heute von dem guten Willen der Bergarbeiter ab. Für Kohle, Eisen, Kali und Stidstoff, für Kraftquellen müssen wir die Gemeinwirtschaft haben. Wir müssen das ordentliche kaufmännische Geschäft wieder aufrichten. Die Valuta kann nur auf internationalem Wege stabilisiert werden. Arbeitslöhne und Arbeitszeit sind international zu regeln. Gegenüber den Spaltungen der U.S.P.D. und der A.P.D. ist unsere Partei die einzige Hoffnung der deutschen Arbeiter. Wir sind guten Muts und unseres Sieges gewiß. Mit uns das Volk, mit uns der Sieg! (Beifall und Händeklatschen.)

An diesen Bericht schloß sich eine lebhafte Aussprache, die am Dienstag beendet wurde.

In seinem Schlufwort erklärte sich der Parteivorstand Wels im ganzen sehr befriedigt von der sachlichen Kritik an dem Bericht des Parteivorstandes. Cohen, der eifrige Apostel Milllerands, sei gründlich zugebebt worden. Milllerand sei zwar Sozialist gewesen, aber jetzt der Vertrauensmann der französischen Reaktionäre. Wels wendet sich dann den einzelnen Anträgen zu und empfiehlt insbesondere einen

Antrag des Parteivorstandes.

der die Haltung des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion zur Regierungsbildung ausdrücklich billigt und am Schluffe sagt:

Ein Wiedereintritt der Sozialdemokratischen Partei in die Reichsregierung kann nur in Frage kommen, wenn die Interessen des Proletariats, die vor allem die Demokratisierung der Verwaltung, die Republikanisierung der Reichswehr, die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige und eine pazifistische auswärtige Politik erheischen, ihn zwingend erfordern.

(Die Sitzung dauert fort.)

Der Parteitag in Halle

Der Parteitag der U.S.P.D. wurde gestern vormittag eröffnet. Die Stimmung war von vornherein sehr lebhaft, das Interesse der Delegierten offenbar ungeeilt auf erwartete Kämpfe gerichtet. Die Saalordner unterschieden mit hallender Stimme beim Anweisen der Plätze die Rechte von der Linken, ja sie sprachen von zwei Fraktionen, und selbst der Vorstandsstil ist in zwei Hälften rechts und links geteilt, und mit den entsprechenden Persönlichkeiten besetzt, also rechts u. a. mit Dittmann, Rosenfeld, Ledebour, Hilferding, Luise Zieh, Crippien, Emil Barth, und links u. a. Adolf Hoffmann, Däumig, Eichhorn usw. Adolf Hoffmann lehrt der Rechten sogar den Rücken, wie es scheint, mit besonderem Behagen zu.

Um die drohende Spaltung der Partei, mit der doch die meisten rechnen, noch in letzter Stunde zu vermeiden, ist ein Antrag Rosenfeld-Kunert eingebracht worden, der besagt:

„Erklären wir uns in Halle zunächst grundsätzlich zum Anschluß an die Dritte Internationale bereit, aber unter Bedingung, durch welche die Autonomie der Partei gewahrt wird, schaffen wir zunächst selbst eine zentralistisch organisierte Kampfpartei, dann können wir die ganze Partei möglichst geschlossen der Dritten Internationale zuföhren.“

Crippiens Eröffnungsrede.

Ohne besondere einleitende Begrüßungsworte eröffnete Crippien mit erheblicher Verspätung den Parteitag durch eine Ansprache, die nicht in Allgemeinheiten stecken blieb, sondern gleich in das Hauptproblem der ganzen Tagung hineinführte und sofort entschlossen Stellung nahm. Er meinte

zunächst, der Kapitalismus habe in allen Ländern blutige abgewirtschaftet, beste aber politisch noch eine starke Macht, und diese müsse ihm durch das Proletariat entrissen werden. Dazu sei eine proletarische Internationale nötiger als jemals. In dieser entscheidungsvollen Lage sei eine Klärung innerhalb der unabhängigen sozialistischen Partei Deutschlands ein dringliches und unaufschiebbares Erfordernis gewesen. Die Lage sei durch die russischen Kommunisten kompliziert worden, die plötzlich die Frage aufgeworfen hätten, ob die unabhängige Partei Deutschlands bestehen bleiben oder in die R.P.D. aufgehen solle. Es werde verlangt, daß die Benennung der Partei geändert werde, und außerdem werde die Selbständigkeit der Partei bedroht, denn die Beschlüsse der kommunistischen Internationale sollten überall bindend sein.

An dieser Stelle meldeten sich die ersten Entrüstungsgedanken der Rechten. Die Mißbilligungen steigerten sich, als Crippien mitteilte, daß ein neues offenes Schreiben des russischen Exekutivkomitees, das neue Zumutungen und Angriffe enthielte, dem Zentralkomitee der deutschen Unabhängigen Partei erst in diesem Augenblick zugänglich gemacht sei, worin er eine absichtliche Hinterhältigkeit erblickte. (Lebhafte Zustimmung der Rechten, die auf der Linken Unruhe hervorrufte, aber die Führer der Linken greifen bescheidigend ein.) Crippien schloß seine sehr ruhig, aber auch sehr entschieden vorgetragene Rede mit erhobenem Stimme und unter Händeklatschen der Rechten mit der Versicherung: Wir werden diese Nachschärfungen durchkreuzen, und die Partei wird fester und geschlossener aus dieser Zeit hervorgehen.

Nach Erledigung von verschiedenen Geschäfts- und Raffenerberichten trat man nachmittags in die Diskussion über die Internationale von Moskau ein, es sprachen dazu verschiedene Redner; interessant waren wieder Crippiens Ausführungen, der etwa sagte:

Es ist leider dahin gekommen, daß unfertige Elemente, die noch nicht einmal das ABC des Klassenkampfes (tümlicher Beifall rechts) gelernt haben, in der Parteileitung sitzen, Elemente, die überhaupt nicht imstande sind, eine gefestigte Politik zu treiben, und daß weiter Genossen in der Leitung sind, die jede kommunistische Parole aufgreifen, in unsere Partei hineintragen und von uns verlangen, daß wir kommunistische Parolen vertreten sollen. Ich überlasse es dem Parteitag, Charaktere zu beurteilen, die jetzt auf offenem Markte die intimsten Geheimnisse der Vorstandsberatungen preisgeben, um sich reinzuwaschen. Solche Charaktere gönne ich der R.P.D. (Nach der Tribüne rufend: Herr Dr. Leoi, ich gratuliere zu dem Gewinn, den Sie bekommen!) Es sprach darauf nach unwichtigen Bemerkungen eines Redners der Linken Dittmann-Frankfurt: Der Mangel an gegenseitigem Vertrauen in der Leitung der Partei hat unsere Haltung im Rapp-Putsch geschwächt. Die einheitliche Kampffront ist von der Afa und dem Gewerkschaftsbund hergestellt worden. Die Reuen und Genossen waren froh, sich ihnen an die Rodschöhe hängen zu können. Wenn sie jetzt mit Entstellungen auftreten, so hat der ehrliche Arbeiter nur Verachtung für solche Methode der Berührungspflege. Aber so ist es schon das ganze Jahr hindurch: Treulofigkeit ist an Stelle der Kameradschaft getreten und da ist es freilich höchste Zeit, daß man sich trennt.

Wenn man uns verdächtigt, wir machten die Politik der U.S.P.D. mit, so stelle ich fest, daß die Politik der Rechtssozialisten nimmermehr die unsere sein wird. Die überwältigende Mehrheit der U.S.P.D. auf dem Betriebsrätekongreß ist für die Organisation der Betriebsräte in Verbindung mit dem revolutionären Teil der Gewerkschaften eingetreten. Wir werden unseren Kurs siegreich weitersteuern. Ihr aber (nach links gewendet) werdet unter die Käber kommen. (Uhr-Rufe auf der Linken; schallender Beifall auf der Rechten.)

(Die Sitzung dauert fort.)

Zur Streikfrage.

Dresden, 13. Oktober.

Ueber den Stand der Lage im Gemeindefabrikantenstreik in Sachsen liegen folgende Meldungen vor: In Leipzig wollen am Mittwoch die Kerzte in den Abwehrstreit treten, falls der Begriff „Roslandsarbeiten“ seitens der Streikenden nicht erweitert wird. Verhandlungen darüber schweben bereits. Gegebenenfalls muß dort mit dem Einsetzen der Technischen

Roskisse gerechnet werden ausgebrochen. Die Streikmierz, um das Gaswerks seit gestern vormittag Bahnhofs und Kanten mit Strom belieferung. In der Gasan für Ramenz und Oß Döbeln ist alles ruhig. Wittweida erklärt, nicht in Dresden sind durch Gasarbeiter Streikende einzelne Haushalt in Vertretern des Rates unter Mitwirkung der Staatsarbeiter Verhandlungen städtischen Arbeiter der Technischen Nothilfe übernommen haben. In auf ein Drittel der lassen worden. Es läßt sehen. In Chemnitz ist daß heute früh der Streik mit Kerzenlicht.

wird uns noch geschrieben die Streiksituation insofern als früher lebensnotwendig gemeinheit von den Streikern aber wird die Parole notwendigen Betriebe wendigen weiterarbeiten einem Teil ihres Lohnes muß auch die Allgemeinerere Stellung einnehmen hat sich im Interesse dieser Frage eingehend in der Entwicklung abhängen, ihre Lebensinteressen zu wird die Gefahr dann in Privatkliniken in ihrem durch das Verlagen von heute nachmittag findet giums im Rathaus statt. Ordnung die Beprechungen städtischen Gas- und hat. — Die Sitzung des in der Beurteilung des gewiß ziemlich groß sein wird es abhängen, ob die Die Notwendigkeit darf daß kein Gas und Licht auch gestern abend schon ohne Gas und Strom, rationen an lebensgefä Teil der übrigen Kran Erwähnt sei noch, daß 1000 Fachleute zur Ver

Aus M

Licht
Diebstahl. Zwei an einem Diebstahl der Dampfmaschine ausgeführt wurden 6 Zentr Hafner vorgefunden. M aber dann nach Feststell der frei.

Die Kammerlich schönes Programm Mädchen und die Mann wie das entscheidende Lust ten. Außerdem werden Prachsfilm „Veritas vinn Sucher erfreuen wird.

Städtische Gewer Herrmann Kentsch, bisher sein hohes Amt als Gewerkschaftsdirektor Dittmann als Behrlektor als Amtsgenosse Anforde die Persönliche allem auf die erzielbaren bauen habe, genau so, u. Vorstellungen und Erfahrung aus dem Berufsleben mit Wirksamkeit des Berufes in erspäuente gewertet werde Gost austauschen. Sie Nebenereignisse jest aufse und hervorragende Werte teer). Lo mühten auch die zulebends durch geeignete zuehungsergebnissen führen. Ichalt, bei jeder Gelegenheits Staatsbürgerliche Poststellun greifen. — Hierauf verpft Schulweiens, Herr Bürger Kentsch als Gewerbelehrer seinen anstehenden Ausagen sein Programm über gewerblichen Schulweiens beilen Entwidlungs- und

Einem Einbild in am Dienstag nachmittag Dr. Schmidt-Leonhardt d vor einigen Monaten der Sympathien erworben, ein treten der Umgebung, ein reits vollzogenen bzw. die Zwangswirtschaft einiger die und ganzen beileitigt ist, Regierung, die in dem Dunkel lieht, sollen denn und Helferlöden, dem fre 1. Dezember soll auch bi unverteilt bleibt jedoch des Getriebes, der Betrieb führung von Rausent für Futterzwecke, nicht lo getriebes vorzulehen. Die nemehl in größerem Maß mehr von Getriebe, dessen

Inge aina um den Tisch herum der zwischen ihnen stand, lekte sich auf die Seitenlehne des Sessels und legte die Arme auf die Schulden. Dies Mädchen hier tat ihr unendlich leid. ... Worte fand sie nicht gleich. Sie bedauerte in Irmingard in diesem Augenblick nicht die tief Beseldigte, auch nicht die Tochter, die um den Vater weinte, ihr Bedauern war anderer Art. Es durchdrangte sie ein Schred, eine Bangigkeit, es war ein Willen mit dem härmlichen Leben, mit dem lebensschmerzlichen Temperament, das Irmingard Ollmann in jeder Faser zuckte. „Soviel Kraft... Wann sie unter amiesigen Leben die ungetrohen lassen? ... kann sie und legte den Arm immer fester und inniger um die Weinende.
So sah sie eine ganze Weile da.
Irmingard schlachtete laut und hell, wie nur ein Kind schlucht, das sich durch Tränen von jenem Schmerz befreit, um bald wieder lachen zu können.
Inge aber schaute mit weiten Augen in die Stäuben, die sich ätzend im Sonnenlicht bewegten. Es schlich eine Empfindung über sie, als ob alle die ätzenden Stäuben in ihrem Blute wären. Es war wie ein Singen und Summen, und Irmingard lebensschmerzlichen Schluden sang darüber, und der eigene Schmerz froh aus den Winkeln der Seele heraus. Und es war als müßte sie die Stirne neigen, um mit dieser hier mitzuschluden. Und dann wieder kam ein anderer Gebaner, der stellte ihre eben noch so mitleidige Auffassung auf den Kopf: „Wenn die einmal liebt, die hier“, raunte es in ihr, während sie auf Irmingards rotgoldenen Haarnoten niederfab, die wird sich nicht mit Klugeleien und stolzer Zurückhaltung ausüden, die wirft den komplizierten, aufgeproppiten Kulturmenschen ab und gehorcht der eigenen Wahrheit. In den Zwiefpalt bleibt die nicht fluden.“
Irmingard beruhigte sich jeht. „O, was denken Sie von mir, Fräulein Hindenberg. Was müssen sie von mir denken.“
Kotterte sie, indem sie ihre Tränen trodnete.
„Da hat man nichts zu denken, nur mitzuföhlen“, entgegnete Inge; „Sie guter Mensch, Sie!“ Irmingard Ollmann hauchte nach Inges Hand und brädte einen impulsive Ruf darauf. Nachdem sie dann, auf Inges Bitten hin, Paletot

und Hut abgelegt hatte, sah sie sich wieder am Tische gegenüber. Das Stubenmädchen brachte Söhligkeiten und Erfrischungen, und Inge nötigte zum Zulangen.
„Wann belamen Sie denn den abscheulichen Brief, Fräulein Ollmann, und haben sie eine Ahnung, von wem er sein kann?“ Inge öffnete eine Krachmanbel, sah aber dabei ihr Gegenüber klar und prüfend an.
„Von wem?“ Irmingard schmie eine ganze Weile, sie zögerte, dann bog sie den Oberkörper vor und flüsterte leise: „Von der Tochter des Kreisartes.“
„Und das glauben Sie wirklich?“ Inge fragte ernst und einbringlich, das Gewissen der anderen wachruhend.
„Ich glaube es wirklich und wahrhaftig, Fräulein Hindenberg.“ Auch Irmingard sah ernst aus und Inge glaubte ihr, daß sie keine leichtfertige Behauptung aussprach. Irmingard erzählte nun von der besonderen Abneigung der Dame gegen sie. Demnach war die Kreisartochter eine klein, recht heimliche, nachtragende Seele, die der erwachsenden Irmingard die Streiche noch nicht vergeben konnten die ihr enst die wilde wüßst- und dreizehnjährige Apothekerrange geliebt hatte, als vor Jahren beide Familien nahbarlich beieinander wohnten.
Irmingard berichtete einige ihrer Streiche, sie waren allerdings arg genug, immerhin aber hätte sich die Kreisartochter an den schallenden Ohrfeigen, die sie dafür ausgeteilt, genügen lassen können, allein sie hatte leiter oft bemerkt, daß sie Irmingard das wilde, übermütige Mädel von einst nicht verah, und das war nun ein Kapitel, bei dem die lachende Stimme der Erzählerin einen wispernen Ton anschlug.
Nach alledem, und wenn sie dann noch des Sträubens der Kreisartochter gedachte, Irmingard Ollmann in den Firkel aufzunehmen, erklärten es nun auch Inge nicht mehr zweifelhaft, wer die Schreiberin des anonymen Briefes sei.
„Für soviel Kleinlichkeit und Hinterlist habe ich gar kein Verständnis, Fräulein Ollmann“, meinte sie. „Aber ich will Ihnen etwas sagen: „Wir geben beim nächsten Vereinsabend die Geschichte bekannt. Und läßt sich die Sache nicht auf, lege ich mein Amt als Schatzmeisterin nieder und trete überhaupt aus!“ (Fortsetzung folgt.)

Kosthilfe gerechnet werden. In Joidau ist der Streik gestern ausgebrochen. Die Stadt hat die Technische Nothilfe alarmiert, um das Gaswerk evtl. zu besetzen. In Witten wird seit gestern vormittag 7 Uhr gestreikt. Post, Telegraph, Bahnhöfe und Krankenhäuser (aber nicht Privatkliniken) werden mit Strom beliefert. Die Wasserlieferung ist in Ordnung. In der Gasanstalt wird Erhaltungsarbeit geleistet. Für Ramm und Oshag steht heute der Streik bevor. In Döbeln ist alles ruhig. Die Arbeiter der Gasanstalt in Wittweida erklärten, nicht in den Streik eintreten zu wollen. In Dresden sind durch den Streik der Elektrikalis- und Gasarbeiter Straßenbahn, zahlreiche Fabriken und fast jeder einzelne Haushalt in Mitleidenschaft gezogen. Zwischen den Vertretern des Rates und der örtlichen Streikleitungen haben unter Mitwirkung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Verhandlungen stattgefunden, in denen die städtischen Arbeiter der Vermeidung des Eingreifens der Technischen Nothilfe die Ausführung der Nothstandsarbeiten übernommen haben. Die elektrische Straßenbeleuchtung ist auf ein Drittel der normalen Beleuchtung im Betrieb gelassen worden. Es läßt sich noch kein Ende des Streiks absehen. In Chemnitz ist die Lage angeblich unverändert, nur daß heute früh der Fernsprecher arbeitete. Die Post behilft sich mit Kerzenlicht.

Aus Leipzig

wird uns noch geschrieben: Innerhalb eines Jahres hat die Streiksituation infolge einer wesentlichen Änderung erfahren, als früher lebensnotwendige Betriebe im Interesse der Allgemeinheit von den Streiks ausgenommen wurden. Jetzt aber wird die Parole ausgegeben, daß gerade die lebensnotwendigen Betriebe streiken, dagegen die nichtlebensnotwendigen weiterarbeiten sollen, damit deren Arbeiter mit einem Teil ihres Lohnes die Streikasse füllen. Deshalb muß auch die Allgemeinheit zu derartigen Streiks eine andere Stellung einnehmen. Der Leipziger Bürgerausschuß hat sich im Interesse der gesamten Einwohnerschaft mit dieser Frage eingehend beschäftigt. Es wird von der weiteren Entwicklung abhängen, auf welche Weise die Einwohnerschaft ihre Lebensinteressen zu schützen hat. Besonders dringend wird die Gefahr dann werden, wenn die Krankenhäuser und Privatkliniken in ihrem Betriebe lahmgelegt werden, was durch das Verlegen von Licht und Kraft unausbleiblich ist. Heute nachmittag findet eine Vollversammlung des Kollegiums im Rathause statt, die als einziger Punkt der Tagesordnung die Besprechung des Ausstandes der Arbeiter bei den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken zum Gegenstand hat. — Die Sitzung dürfte etwas stürmisch verlaufen, denn in der Beurteilung des Streiks wird die Mehrheit im Hause gewiß ziemlich groß sein. Von der Stellungnahme des Rates wird es abhängen, ob die Technische Nothilfe in Aktion tritt. Die Nothwendigkeit dürfte schon gegeben sein. Nicht allein, daß kein Gas und Licht zu Kochzwecken abgegeben wird, was auch gestern schon das Diakonissenhaus in Lindenau ohne Gas und Strom, wodurch die Ausführung von Operationen an lebensgefährlich erkrankten Patienten und ein Teil der übrigen Krankenpflege unmöglich gemacht wurde. Erwähnt sei noch, daß der Technische Nothilfe Leipzig rund 1000 Fachleute zur Verfügung stehen.

Aus Nah und Fern

Lichtenstein-Caldenberg, 13. Oktober.

Diebstahl. Zwei hiesige Einwohner, F. und L., sind an einem Diebstahle beteiligt, der in der Niederdorfer Damapfuhle ausgeführt worden ist. Bei einer Hausdurchsuchung wurden 6 Zentner Mehl, einige Zentner Kleie und Hafer vorgefunden. Man verhaftete die Täter, ließ sie aber dann nach Feststellung des Tatbestandes zunächst wieder frei.

Die Kammerlichtspiele haben für ihre diesmalige Mittwoch- und Donnerstag-Vorführung ein außergewöhnlich schönes Programm gewonnen. Der Hauptfilm „Das Mädchen und die Männer“ wird in gleichem Maße fesseln wie das entzückende Lustspiel „Puppchen“ die Heiterkeit wecken. Außerdem werden noch einige kleine Szenen aus dem Prachsfilm „Veritas vincit“ geboten, der demnächst die Besucher erfreuen wird.

Städtische Gewerkschule. Gestern wurde Herr Ingenieur Hermann Rentch, bisher Lehrer am Technikum Sainichen, in sein hiesiges Amt als Gewerbelehrer eingesetzt. Herr Gewerbeinspektordirektor Dittmann begrüßte ihn zunächst im Namen der Behörde als Amtsgenossen. Er behandelte in seiner weiteren Ansprache die Persönlichkeitsbildung, die die Gewerkschule vor allem auf die ethischen Wirkungen des Berufslebens aufzubauen habe, genau so, wie die technische Ausbildung auf die Vorkenntnisse und Erfahrungen aufzubauen werde, die die Schüler aus dem Berufsleben mit zur Schule bringen. Die ethischen Wirkungen des Berufs dürften nicht mehr als zufällige Nebenwirkungen betrachtet werden, sondern seien planmäßig für das ganze Volk auszubilden. So wie in der Gütererzeugung früherer Lebenszeiten jetzt außerordentliche Bedeutung erlangt hätten und hervorragende Werte lieferten (Hochleistung, Steinfabrikation), so mühten auch die ethischen Nebenwirkungen des Berufslebens durch geeignete Aufbereitung zu den wertvollsten Erziehungsgegenständen führen. Es sei daher Aufgabe der Gewerkschule, bei jeder Gelegenheit auf geschmackliche, wirtschaftliche und staatsbürgerliche Vorstellungen aus dem Berufsleben zurückzugreifen. — Hieran verpflichtete der Deputierten des städtischen Schulwesens, Herr Bürgermeister Brachtel, Herrn Ingenieur Rentch als Gewerbelehrer für die städtische Gewerkschule. In seinen anschließenden Ausführungen entwickelte er in großen Zügen sein Programm über die künftige Gestaltung des hiesigen gewerblichen Schulwesens und zeichnete in neuen Perspektiven dessen Entwicklung und Ausbaumöglichkeiten.

Einen Einblick in die städtischen Ernährungsverhältnisse gab am Dienstag nachmittag in der Kreishauptmannschaft Juidau Dr. Schmidt-Leonhardt vom Landeseisenmittelamt, der bereits vor einigen Monaten durch die Art seines Vortrages sich viel Sympathien erworben, einem stattlichen Kreise von Pressevertretern der Umgegend unter besonderer Berücksichtigung der bereits vollzogenen bzw. bald bevorstehenden Aufhebung der Zwangswirtschaft einiger der wichtigsten Lebensmittel. Nachdem die Zwangswirtschaft der Kartoffeln und des Weizens im großen und ganzen beseitigt ist, bezieht gegen den Willen der ländl. Regierung, die in dem wichtigsten Schritt einen Sprung in das Dunkel sieht, sollen demnächst Getreidefabrikate, wie **Straßen- und Bäckereibrot**, dem freien Handel übergeben werden. Vom 1. Dezember soll auch die Fettverteilung freigegeben werden, unverständlich bleibt jedoch bis auf weiteres die Bewirtschaftung des Getreides, der Butter und der Milch. Die geplante Einführung von **Reismehl** in größerer Menge ist im wesentlichen für Futterzwecke, nicht so sehr aber zur Streckung des Brotgetreides vorgesehen. Die Einführung von ausländischem Weizenmehl in größerem Maßstabe ist nicht geplant, sondern vielmehr von Getreide, dessen Ausmaßen im Lande gesehen kann.

Hauptgrundlag der Regierung ist Lösung der Wohnfrage. In die in mannigfacher Hinsicht beachtlichen klaren und sachlichen Ausführung des Regierungsvortrages knüpfte sich eine längere Aussprache, in deren Verlauf Regierungsrat Dr. Schmidt-Leonhardt bereitwillig die erbetenen Auskünfte erteilte.

Jeden Steuerzahler geht es an! Nach dem neuesten Stande der Steuerleggebung revidiert ist die Steuerlast zum Reichseinkommen-Steuergelei, welche im Deutschen Steuerstatistik-Verlag, München RW 2 Agnesstraße 6 erschienen ist. Die handliche Tabelle bildet ein unentbehrliches Hilfsmittel für Jedermann zur zielend leichten Errechnung seiner Einkommensteuer-Abgabe. Ueber 6000 Exemplare dieser aberaus praktischen Tabelle wurden in wenigen Wochen abgesetzt, ein Beweis, wie beliebt und unentbehrlich dieselbe einem weitesten Publikum geworden ist. Der billige Preis, 2,50 RM. bei franco Zustellung, ermöglicht Jedermann die Anschaffung.

Hohndorf. (Die Lichtspiele) bringen heute und morgen den Schlussspiel von dem gewaltigen Cycus „Herrin der Welt“ unter dem Titel „Die Raube der Raub Ferguson“. Er steht auf gleicher Höhe wie seine Vorgänger und wird die Zuschauer besonders fesseln. Das Lustspiel „Schlammfönigs Hochzeit“ ergänzt das Programm.

Crimmitschau. (Ein Automobilunfall) ereignete sich in der Nacht zum Montag in Gabeln. Der Kaufmann Brandner aus Werbau, kam auf der Rückfahrt von Leipzig mit seinem Auto die Höhe Straße entlang und wollte über Gabeln, Crimmitschau nach Werbau fahren. In der Nähe des Friedhofs in Gabeln sprang ein Hund über die Straße und wurde überfahren, jedoch er auf der Stelle tot war. Der Führer des Kraftwagens hatte hierbei wahrnehmlich die Gewalt über die Steuerung verloren, so daß das Auto in den Straßengraben geriet und die Insassen herausgeschleudert wurden. Während der Wagenführer und ein anderer Insasse mit leichten Verletzungen davonkamen, wurde Brandner durch die Glasscheibe geschleudert und schwer verletzt. Er wurde in die Wohnung eines Arztes gebracht. Das Automobil wurde zertrümmert.

Dresden. (Die Holzprozesse.) In der gegenwärtigen Schwurgerichtsperiode werden die Holzhändler, deren Straftaten nicht unter die Amnestie gefallen sind, zur Aburteilung gelangen. Der erste Prozeß findet am Mittwoch den 20. Oktober statt gegen 1. den Bergarbeiter Paul Hermann Seidel aus Scheibitz, 2. den Fleischer Alois Joh. Weike aus Dresden, 3. den Fleischer Pilsch aus Vogelsberg, 4. den Bauarbeiter Kurt Arno Singer aus Wittenau, 5. den Bergarbeiter Albin Dürrschütz aus Neudorf, 6. den Handlungsgesellen Stiebler aus Wittenau, 7. den Geldschränker Köhler aus Unterlaus, 8. den Weber Wohlend aus Falkenstein, 9. den Techniker Karl Ernst Heinrich Alfred Fraack aus Wittenau. Sie sind der gemeinschaftlichen Brandstiftung angeklagt. — Der zweite Prozeß nimmt am 27. Oktober seinen Anfang. Es haben sich zu drantworten: 1. der Stiller Vogel aus Grünbach, 2. der Handelsmann Raffner, 3. der Kartongehilfen Vah aus Klingenthal, 4. der Buchbinder Barthel aus Wittenau, 5. der Klempner Karl Willi Alder aus Juidau, 6. der Malerlehrling Köhler und 7. der Kettenmacher Trummer aus Falkenstein, 8. der Vater Richter aus Neudorf, 9. der Schmied Schmidt aus Juchwitz-Kubachthal, 10. der Rinoerklärer Hertwig aus Auerbach, 11. der Fleischer Kaiser aus Borna, 12. der Stiller Fuhs aus Stiebelitz und 13. der Maurer Popp aus Ortmannsdorf. Die Anklage lautet auf Aufruhr, Landfriedensbruch und Freiheitsberaubung. Das Dresdener Landgericht wird während der Verhandlungen abseerp.

Glauchau. (Die städtischen Arbeiter) entländen eine Abordnung zum Stadtrat, die mit diesem längere Verhandlungen pflog. Als Ergebnis der Aussprache wurde folgendes formuliert: Der Rat wolle sich darüber erklären, ob er geneigt ist, beim Arbeitgeberverband zu Dresden zu erwirken, daß die Verhandlungen mit dem Arbeitnehmerverband zur Erhöhung der jetzt gezahlten Tariflöhne sofort wieder aufgenommen werden. Die Vertreter der Arbeiterschaft erklärten, daß die städtischen Arbeiter der technischen Betriebe gewonnen sind, in den Streik zu treten, wenn der Rat dem Antrag nicht stattgeben würde. Die Arbeitnehmer haben erklärt, ihnen bis heute Mittwoch mittag die Mittelteilnahme des Ratbeschlusses zukommen zu lassen.

Vobbenstein-E. (Die Arbeitgeber im Textilgewerbe) lehnten die beantragte Lohnerhöhung ab, schlugen bei den Verhandlungen vielmehr Lohnabbau vor. Die Arbeitnehmer beschloßen die Annahme des Schlichtungsausschusses.

Leipzig. (Einem Raubmord) fiel am Freitagabend auf der Chaussee Halle-Leipzig, zwischen Großsiegel und Schlenker, der Raritätssammler Wilhelm Güttel aus Schönhof zum Opfer. Er wurde noch während von Insassen eines von Halle kommenden Autos aufgehalten. Die Leiche wies eine schwere Schädelverletzung auf. Der Mörder ist auf dem Fahrrad des Ertrunkenen entflohen. Der Tat dringend verdächtig erscheint ein Mann von etwa 27 Jahren, der kurz vor der Auffindung der Leiche gesehen worden ist. — (Im Wasserfah ertrunken.) Gestern früh ereignete sich in einer Schreberkolonie in Anger-Crotenbrunn ein bedauerlicher Unglücksfall. Das zwölftjährige Töchterchen des Lehrers Spindler weilte mit seinem Vater in dem Garten des Anwesens. Es stürzte in einem unbewachten Augenblick am Wasserfah herum, küperte hinein und ertrank.

Wittweida. (Das Opfer eines Raubüberfalles) durch zwei unbekannte junge Männer wurde ein hiesiges Ehepaar, dem die Begleiter die geladene Pistole auf die Brust setzten und unter schmerzlichen Verhandlungen Geld, sowie sonstige Wertgegenstände fortrugen. Sie raubten eine goldene Uhr mit Kette und ergriffen die Flucht.

Waldenburg. (Kartoffelhandel.) Das „Schönb. Tabl.“ schreibt: Am vergangenen Sonntag vormittag verlammete sich hier eine größere Anzahl Personen zum Zwecke der Beschaffung von Kartoffeln. In geschloßenen Zügen begaben sich die Teilnehmer nach Schwaben auf den Kartoffelhandel. Das Ergebnis war der Abschluß einer Kartoffellieferung von über 1000 Zentner zum Preise von 22,50 RM. für den Zentner, die in den nächsten Tagen geliefert werden sollen.

Juidau. (Ein tödlicher Unfall) ereignete sich in der Nähe der Kaserne in Rautenthal. Bei einem Unterwachtmeister der Landes-Sicherh.-Pol. der keinen Dienstrevolver unversehrt in der Tasche trug, löste sich ein Schuß, so daß die Kugel in die linke Bauchseite drang. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Die Reichssteuern. Der Zentralverlag in Berlin gibt unter dem Titel „Heute und Arbeit. Schriften zu Deutschlands Erneuerung“ eine Heftfolge heraus, von der ein Bändchen „Es geht vorwärts“ die Finanzgesetzgebung übersichtlich behandelt. In den unteren Volksschichten wird eine gewisse Beruhigung eintreten, wenn man dort sieht, wie die bestehenden Klassen in einer fortlaufenden Steigerung herangezogen werden, wie vor allem die Kriegsgewinnler Haare lassen müssen und wie die Erblasser belästigt werden. Dreizehn verschiedene Steuern sind es, die man erndet und festgelegt hat.

1. **Die Kriegsgewinnsteuer.** Nach dieser wird der gegen das Jahr 1913 erzielte Mehrgewinn in Anspruch genommen. Diese erfaßt die Einzelpersonen und Gesellschaften mit einer Schwere, die wohl allenthalben gebilligt werden wird. Jeder Gewinnzuwachs gegenüber dem 31. Dezember 1913 wird durch die Steuer herangezogen. Die Steigerung ist so hoch, daß die Konstante erheblicher Vermögenssteile herbeiführt wird. Die Kriegsabgabe beginnt bei einem Mehrgewinn von 10 000 RM. mit 10 v. H. und steigt bei einem Zuwachs von 375 000 RM. auf 80 v. H., darüber hinaus beträgt der abgabepflichtige Betrag 100 v. H., so daß im günstigsten Falle 172 000 RM. verbleiben. Alle Kriegsgewinne, die darüber hinausgehen, werden von der Steuer weggewaschen.

2. **Die Erbschaftsteuer.** Diese gliedert sich in die Nachlass-Erbfall- und Schenkungssteuer. Beträgt der Nachlass nicht mehr als 20 000 RM., so wird keine Steuer erhoben. Die höheren Beträge werden mit 1-5 v. H. belastet. Die Erben

haben von dem an sie fallenden Teil je nach dem Grad der Verwandtschaft, der Höhe des Erbteils und der Höhe ihres bereits vorhandenen Vermögens 4-35 v. H. abzugeben. Die weitausflüßig oder gar nicht verwandten Erben 15-75 v. H. Besteht der Erbe mehr als 100 000 RM. Vermögen, so erhöhen sich die Steuerlässe, während der arme Erbe nur 15 v. H. abgibt. Vom Staate können bis 90 v. H. der gesamten Erbschaft eingezogen werden.

3. **Von der Einkommensteuer** ist zu sagen, daß Einkommen bis 1500 RM. frei sind. Das Gelei untersteht unversehrt, kinderlos verheiratete, und verheiratete Steuerpflichtige mit Kindern. Bei Unverheirateten ist das Existenzminimum auf 1500 RM., bei Verheirateten ohne Kinder auf 2000 RM., bei Verheirateten mit einem Kinde auf 2500 - 2700 RM. usw. festgelegt. Bei den Unverheirateten beginnt die Einkommensteuer bei 2000 RM. mit 50 RM., bei Verheirateten bei 2500 RM. mit 50 RM., bei Verheirateten mit einem Kinde (unter 16 Jahren) mit 3000 RM. mit 30 RM., bei zwei Kindern bei 3500 RM. mit 10 RM. usw. Das Einkommen von 50 000 RM. muß 25 v. H., 100 000 RM. 33 ein Drittel v. H., 500 000 RM. 50 v. H. an Steuern abgeben. Die Verschärfung der Steuerlässe nach oben ist also außerordentlich hart.

4. **Die Kapitalertragssteuer** erfaßt insbesondere das erwerbslose Einkommen aus Grundbesitz, Gewerbebetrieb oder Kapitalrenten. Es liegt eine Vorausbelastung von 10 v. H. vor. Hat z. B. jemand eine Aktie, die 20 v. H. abwirft, so muß er 2 v. H. an das Reich abgeben, bei einem Kapital, das 5 v. H. bringt, sind ein halb v. H. als Steuer abzugeben.

5. **Die Körperschaftsteuer** fordert von allen Organisationen, die Rechtspersönlichkeit sind und einen Erwerb haben, eine besondere Besteuerung von 10 v. H. der Einkommensteuer. Wenn z. B. eine Aktiengesellschaft 100 000 RM. Einkommensteuer bezahlt, so muß sie noch 10 000 RM. Körperschaftsteuer bezahlen. Diese Steuer kann aber in gewissen Fällen bis 20 v. H. ermäßigt werden.

6. **Die Besitzsteuer.** Steuerpflichtig ist nur der 5000 RM. übersteigende Vermögenszuwachs, falls das Einkommen den Gesamtwert von 20 000 RM. übersteigt. Bei einem steuerpflichtigen Zuwachs von 10 000 RM. sind 1 v. H., bei 20 000 RM. 2 v. H. u. s. w., bei 100 000 RM. 9 v. H. und bei weiteren Beträgen 10 v. H. zu entrichten. Für das dritte und jedes minderejährige Kind ermäßigt sich der Steuerbetrag um 5 v. H. Bei Herausgabe des Schriftchens war der Beschlag der Rationalveranlagung noch nicht herbeigeführt.

7. **Das Reichsnotopfer** ist angeordnet, weil gleichlaufend mit der Verschärfung des Reiches eine ungeheure Steigerung des Privatvermögens einzelner Personen erfolgt ist. Die kleinen Sparer sollen verschont werden, darum bleiben Vermögen bis 5000 RM. steuerfrei. Außerdem bleibt für jedes Kind ein Betrag von 5000 RM. steuerfrei. Das Reichsnotopfer verlangt für die ersten angefangenen oder vollendeten 50 000 RM. des abgabepflichtigen Vermögens 10 v. H., über 50 000 RM. 12 v. H. und steigt bei 1 Mill. RM. auf 50, bei 2 Mill. RM. auf 55 v. H. usw. Auf die kleinen Rentner nimmt das Gelei insofern Rücksicht, als erwerbsbeschränkter Rentner die Steuer ganz oder teilweise jinstlos geltend wird, wenn ihr Vermögen nicht mehr als 100 000 RM. beträgt.

8. **Das Landessteuergesetz.** Die Übernahme der bedeutendsten Steuerquellen auf das Reich und die Bestimmung, daß neben den Reichsteuern keine gleichartigen Landes- oder Gemeindesteuern oder Zuschläge erhoben werden dürfen, macht es erforderlich, aus den Einnahmen des Reiches den Ländern und Gemeinden zu den Steuern, die ihnen belassen werden, einen Zuschlag zu gewähren, der es ihnen ermöglicht, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. An der Einkommens- und Körperschaftsteuer werden sie mit zwei Drittel des Ertrags beteiligt, an der Erbschaftsteuer mit 20 v. H., an der Grunderwerbsteuer mit 50 v. H. und an der neuen Umsatzsteuer die einzelnen Länder mit 10 v. H. und die Gemeinden mit 5 v. H. der Einnahmen.

9. **Die Umsatzsteuer** belästet den allgemeinen Verbrauch. In diese Steuer ist eine erhöhte Luxussteuer eingebaut worden, die bei einer ganzen Reihe von Luxusgegenständen bis 15 v. H. geht. Zur Umsatzsteuer gehören auch die Mineraliensteuer, der Fremdenverkehr in den Städten (Stadteuer), die Aufbewahrung von Geld, Wertpapieren, Wertgegenständen und dergleichen.

10. **Die Grunderwerbsteuer** ist am 1. Oktober 1919 in Kraft getreten und bewirkt die Besteuerung des Uebergangs von Grundbesitz aus einer Hand in die andere. Sie beträgt 4 v. H. des gemeinen Wertes. Bei gemerbmächtiger Güterauflösung werden 5 v. H. erhoben.

11. **Die Tabaksteuer.** Weil in Anbetracht der Verarmung Deutschlands dem Tabakgenuss in höherem Maße der Charakter des Luxus beikommt, hat man sich veranlaßt gesehen, dieses Gelei auszubauen. Die Besteuerung der Zigarren erfolgt in 27 Klassen und beträgt je nach dem Preis der Zigarre 0,8 Pf. bis 1,60 Pf. das Stück. Der Pfeifenlabak wird mit 1-9 Pf. auf das Kilogramm versteuert.

12. **Die Zündwarensteuer** verlangt für eine Schachtel mit 60 Stück 3 Pf. Steuer, für Feuerzeuge 50 Pf. bis 3 RM. Der Erfolg dieser Steuer ist nicht bedeutend, aber es konnte auf die Zündwarensteuer ebensowenig verzichtet werden wie auf die

13. **Erhöhung des Spielartentempels.** Ein Spiel Karten mit gewöhnlicher Blattzahl (32) wird mit 2 RM. belastet. Dieser Betrag erhöht oder verringert sich je nach der Zahl der Blätter.

Gerihtsjaal.

Leipzig. (Die Feldpost um 46 000 Mark beschwindelt.) Der Buchhalter Arthur Buttge aus Breslau wurde am 18. Juni 1918 in Altona wegen Fahrenfluchte und anderer militärischer Delikte verhaftet; als am 6. Roge, die Gefängnisse von den revolutionären Matrosen geöffnet wurden, kam er wieder auf freien Fuß und kehrte nach Breslau zurück, wo er Anstellung an der Eisenbahn und dann sogar bei der Abwicklungsstelle des Generalkommandos als Bureauvorsteher fand. Am 25. Okt. 1918 wurde Buttge aufs neue in Haft genommen, und zwar wegen umfangreicher Schwindeltriebe, die er in der Zeit vom März 1917 bis zum Februar 1918 im Felde begangen hat. Wenn ein Angehöriger des Heeres Geld beschwindeln wollte, dann zahlte er die Summe nicht direkt bei der Feldpost ein, sondern bei seinem Truppenstabe, wo ein sogenanntes Ackerkenntnis ausgehört wurde, auf Grund dessen die Eingahlung mit der Feldpost verrechnet wurde. Buttge, der bei seiner Batterie als Postabholer verwendet wurde, hat es nun verstanden, in mindestens dreizehn Fällen von ihm gefälschte Ackerkenntnisse bei der Feldpost einzuschmuggeln und sich auf diese Weise mindestens 46 000 Mark zu erschwindeln. Die Selbstbangelegungen zum größten Teile an die Helfershelfer Buttges, einen Kaufmann Max Sperling in B. a. u. s. w., mit dem er zusammen im Gefängnis in Wolfenbüttel gefesselt hatte, und an seine Geliebte in Düsseldorf, zum Teil an Firmen, die ihm Zigarren und Zigaretten lieferten für die beiden Geschäfte, die seine Geliebte in Düsseldorf und hier in Leipzig aufgemacht hatte. Wegen Unkundenfalschung und Betrug im Rücklage wurde Buttge von dem VII. Strafhammer des Leipziger Landgerichts zu drei Jahren Zuchthaus und 1800 Mark Geldstrafe oder weiteren 80 Tagen Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von sechs Jahren verurteilt.

